

## **NACH DEN PRÄSIDENT- SCHAFTSWAHLEN: WIE DIE UKRAINISCHE DEMOKRATIE KONSOLIDIEREN?**

*Nico Lange*



Nico Lange ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine.

Die Europäische Union und die deutsche Außenpolitik betrachten die Entwicklungen in der Ukraine seit längerer Zeit vorrangig aus dem Blickwinkel der Sicherung von Gaslieferungen. Die aktuelle Bedeutung des zweitgrößten europäischen Flächenstaates mit 46 Millionen Einwohnern zwischen Lwiw und Donezk geht jedoch weit über die eines Rohstofftransiteurs hinaus. Das Land schlug mit den Ereignissen der Orangen Revolution im Winter 2004 einen Weg zu Demokratisierung und Modernisierung ein, der sich von den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, wenn man vom Baltikum absieht, klar unterscheidet. Durch eine erfolgreiche Konsolidierung der liberalen Demokratie könnte die Ukraine demonstrieren, dass in dieser Region eine Alternative zum dort vorherrschenden, patriarchalischen und autoritären Gesellschaftsmodell darstellt. Die gesamte Region und die Europäische Union würden davon enorm profitieren. Am Beispiel der Ukraine stellen sich damit ganz konkret die Fragen nach der gesellschaftlichen Attraktivität und der Problemlösungsfähigkeit der Demokratie, die für die langfristige Zukunft der Europäischen Union von ganz entscheidender Bedeutung sein werden.

In den fünf Jahren nach den als Orange Revolution bekannt gewordenen, friedlichen Protesten gegen Wahlfälschungen und der anschließenden Wahl Wiktor Juschtschenkos zum

**Mit den Präsidentschaftswahlen im Januar und Februar 2010 verbanden sie die Hoffnung auf eine Stabilisierung der Situation. Doch bereits seit den ersten Tagen nach der entscheidenden Stichwahl am 7. Februar 2010 lösen die innenpolitischen Entwicklungen der Ukraine mit Schlagzeilen über mögliche neuerliche Eskalationen der Staats- und Verfassungskrise erneut internationale Besorgnis aus.**

Präsidenten der Ukraine nahmen die europäischen Partner das Land vor allem als konfliktanfällig, instabil und politisch unübersichtlich wahr. Mit den Präsidentschaftswahlen im Januar und Februar 2010 verbanden sie die Hoffnung auf eine Stabilisierung der Situation. Doch bereits seit den ersten Tagen nach der entscheidenden Stichwahl am 7. Februar 2010 lösen die innenpolitischen Entwicklungen der Ukraine mit Schlagzeilen über mögliche neuerliche Eskalationen der Staats- und Verfassungskrise erneut internationale Besorgnis aus. Wiktor Janukowytsch, der Vorsitzende der oppositionellen Partei der Regionen, gewann die Präsidentschaftswahlen mit einem Ergebnis von 49 Prozent. 45,5 Prozent der Wähler stimmten für Premierministerin Julija Tymoschenko und 6,5 Prozent „gegen alle“. Janukowytsch ist damit zum Präsidenten gewählt. Während jedoch seine Partei der Regionen eilig eine Parlamentsentscheidung zur Ansetzung des Termins der Inauguration initiierte, zog die unterlegene Julija Tymoschenko mit der Anschuldigung von systematischen Wahlfälschungen durch Janukowytsch vor das Oberste Verwaltungsgericht. In einer Fernsehansprache gab sie bekannt, dass sie Janukowytsch „niemals als legitimen Präsidenten anerkennen werde“. Nur wenig später zog sie ihre Klage aufgrund der ihrer Ansicht nach parteilichen beteiligten Richter wieder zurück. Aus dem Lager Janukowytsch wurden dagegen seit dem Wahltag täglich Rücktrittsforderungen gegen die Regierungschefin erhoben und das „Ende der Karriere Tymoschenkos“ verkündet. Die Fraktion der Partei der Regionen setzte ein Misstrauensvotum gegen die Präsidentin auf die Tagungsordnung und änderte mit Hilfe der Kommunisten die Geschäftsordnung des Parlaments, um die Regierungskoalition zu Fall zu bringen. Ganz offenkundig bezahlte Demonstranten der Partei der Regionen hatten die zentrale Wahlkommission zuvor tagelang regelrecht belagert, und einige Abgeordnete der Partei nutzten ihre Immunität, um mit eigenem Körperseinsatz die Ein- und Ausgänge zum, wie sie meinten, „Schutz der Verkündung des Wahlergebnisses“ zu blockieren. Im Ergebnis setzte die Partei der Regionen die Regierung Tymoschenko ab, ohne jedoch auf der Grundlage bestehenden Rechts eine neue Mehrheitskoalition und Regierung zu bilden. Julija Tymoschenko wie auch der ehemalige Präsident Krawtschuk und zahlreiche andere wichtige Persönlichkeiten blieben demonstrativ der Inauguration Wiktor Janukowytschs fern.

Abgesehen von diesen juristischen und öffentlichen Streitigkeiten bleibt auch nach den Präsidentschaftswahlen bisher offen, wie eine stabile Mehrheit im Parlament, der Werchowna Rada, gebildet werden soll. Premierministerin Tymoschenko regiert seit Ende 2007 ohne eine belastungsfähige Mehrheit, und auch eine Neubildung einer Regierungskoalition mit der Partei Janukowytschs ist ausgesprochen schwierig. Der designierte Präsident und seine Partei drohen in diesem Zusammenhang mit erneuten vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments. Gleichzeitig verschob die Werchowna Rada nach den Präsidentschaftswahlen die für den 30. Mai 2010 angesetzten Kommunalwahlen auf einen unbestimmten Zeitpunkt. Mit Änderungen zur Geschäftsordnung, die die Bildung einer Mehrheitskoalition durch individuelle Abgeordnete und nicht auf der Grundlage parlamentarischer Fraktionen ermöglichen sollen, zeigt sich Janukowytschs Partei der Regionen bestrebt, die neuerliche politische Blockadesituation in offenem Widerspruch zur Verfassung und zu bestehenden Entscheidungen des Verfassungsgerichts aufzulösen. Damit gibt es eine Grundlage für juristische Anfechtungen und neue Streitigkeiten. Es scheint, als sei kein Ende des permanenten Machtgezerrtes und der heftigen innenpolitischen Kriseneskalationen absehbar.

**Abgesehen von diesen juristischen und öffentlichen Streitigkeiten bleibt auch nach den Präsidentschaftswahlen bisher offen, wie eine stabile Mehrheit im Parlament, der Werchowna Rada, gebildet werden soll.**

Die ukrainische Politik bleibt auch nach den Präsidentschaftswahlen durch Machtkonflikte blockiert, die eine innenpolitische Stabilisierung und nötige sozial- und wirtschaftspolitische Reformen verhindern und die Beziehungen zu den internationalen Partnern belasten. Nach dem positiven Impuls der Orangen Revolution für den Systemwechsel steht mit der politischen Dauerkrise auch die Vertiefung und Festigung der Demokratie in der Ukraine vor enormen Problemen. Das ukrainische politische System laviert in einer Grauzone zwischen demokratischer Erneuerung und Rückfall in autoritäre Denk- und Handlungsmuster.

**Die ukrainische Politik bleibt auch nach den Präsidentschaftswahlen durch Machtkonflikte blockiert, die eine innenpolitische Stabilisierung und nötige sozial- und wirtschaftspolitische Reformen verhindern und die Beziehungen zu den internationalen Partnern belasten.**

Vor diesem Hintergrund stellt der vorliegende Beitrag die Frage nach der aktuellen Verfasstheit der ukrainischen Demokratie und den Auswirkungen der Staats- und Verfassungskrise auf den Systemwechselprozess. Dazu sollen zunächst die Charakteristika der strukturellen Dauerkrise der ukrainischen Politik herausgearbeitet werden. Die Präsidentschafts-

wahlen 2010 werden analysiert und in den Zusammenhang der Demokratieentwicklung eingeordnet. Schließlich sollen ausgehend von einer Analyse des Stands der Erfüllung von Konsolidierungskriterien liberaler Demokratien zentrale Elemente für institutionellen und intermediären Verfestigungsprozesse nach den Präsidentschaftswahlen 2010 identifiziert werden.

### **STRUKTURELLE DAUERKRISE UND GEHEMMTE DEMOKRATIEENTWICKLUNG**

**Aus der Innenperspektive betrachtet, handelt es sich bei den politischen Konfrontationen nicht um eine Serie unterschiedlicher Konflikte zwischen ukrainischen Institutionen oder konkurrierenden politischen Eliten, sondern vielmehr um eine schwelende strukturelle Dauerkrise, die in Intervallen akut aufflackert. Die Malaise dieser ständigen politischen Spannungen setzt sich unter zyklischen Verschärfungen bereits seit mehr als einem Jahrzehnt fort.**

Aus der Innenperspektive betrachtet, handelt es sich bei den politischen Konfrontationen nicht um eine Serie unterschiedlicher Konflikte zwischen ukrainischen Institutionen oder konkurrierenden politischen Eliten, sondern vielmehr um eine schwelende strukturelle Dauerkrise, die in Intervallen akut aufflackert. Die Malaise dieser ständigen politischen Spannungen setzt sich unter zyklischen Verschärfungen bereits seit mehr als einem Jahrzehnt fort. Ihr Ursprung ist in der mangelhaften Verfassungs-

ordnung von 1996 zu suchen, vor deren Hintergrund die politischen Hauptakteure in Parlament und Präsidialadministration immer wieder scheinbar unüberwindbare Konfrontationen provozieren. Präsident Leonid Kutschma baute ab dem Ende der neunziger Jahre die Stellung des Präsidialamts schrittweise aus, um durch eine stärker autoritäre Führung den Machtkonflikt zu seinen Gunsten zu entscheiden. Am Ende trug das ukrainische politische System sehr deutliche diktatorische Züge. Das Regime des Präsidenten Kutschma konnte den Wunschnachfolger Janukowytsch bei den Präsidentschaftswahlen 2004 jedoch nicht erfolgreich installieren. Die Zäsur der Orangen Revolution sorgte für die Öffnung der Medien und gesellschaftlichen Pluralismus. Die ukrainische Zivilgesellschaft machte zudem eine kollektive Erfahrung des Erfolgs friedlicher Demonstrationen, die für das Selbstbewusstsein der Bürger sehr wichtig war. Der entscheidende dritte Wahlgang, in dem schließlich Juschtschenko zum Präsidenten gewählt wurde, kam aber letztlich nur durch eine politisch motivierte Entscheidung des Verfassungsgerichts zustande. Die demokratische Bewegung musste dem *ancien regime* das Zugeständnis weitreichender Verfassungsänderungen machen, die vor allem das Parlament und die Regierung gegenüber dem Präsidentenamt stärkten

und die ukrainische Exekutive teilten. Seither bestimmt der wieder offen ausgebrochene Machtkampf mehrerer politisch-wirtschaftlicher Gruppierungen das innenpolitische Geschehen.

Nachdem zunächst nach der Amtsübernahme Juschtschenkos die „orangen“ Kräfte eine Mehrheitskoalition im Parlament gebildet hatten und Julija Tymoschenko zum ersten Mal zur Premierministerin gewählt wurde, brachen die Konflikte zwischen Präsident und Premierministerin schnell offen aus. Juschtschenko versuchte umgehend, die durch die übereilten Verfassungsänderungen unklare Lage in der Kompetenzverteilung auszunutzen und mit dem Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat eine Gegenregierung zu installieren. Nach einer Phase des Gezerres um die Macht zwischen Regierung und Präsidentsamt führte ein Korruptionsskandal um die sogenannten „lieben Freunde“, Unternehmer im Umfeld Juschtschenkos, zum ersten Kulminationspunkt der Dauerkrise. Tymoschenko wurde schließlich entlassen und Jurij Jechanurow regierte in einer Übergangsphase. Gleichzeitig versuchte Juschtschenko, eine Einigung mit seinem einstigen Gegner Janukowytsch herbeizuführen und eine Koalition der beiden Kräfte zu erreichen. Durch die Formulierung einer „Universal“ genannten Vereinbarung und den Seitenwechsel der Sozialistischen Partei aus dem „orangen“ in das „blaue“ Lager wurde die Kriseneskalation mit einer Rückkehr des vermeintlichen Wahlfälschers Janukowytsch als Premierminister im Herbst 2006 zunächst aufgelöst.

Janukowytsch unterlief die im „Universal“ formulierten Kompromisse von Anbeginn und der Machtkonflikt spitze sich schrittweise wieder zu. Eine neue Eskalation folgte schließlich im Frühjahr 2007, als durch den Auskauf von Abgeordneten, die für Geld die Fraktion wechselten, Janukowytsch im Begriff stand, eine verfassungsändernde Mehrheit zu erreichen. Juschtschenko löste mit einem verfassungsrechtlich umstrittenen Erlass die Werchowna Rada auf. Die Auseinandersetzungen steigerten sich über Massenproteste bezahlter Demonstranten in den Kiewer Hauptstraßen und anhaltende physische Blockaden von Parlament, Präsidentsadministration und Verfassungsgericht bis hin zum rechtsstaatsfeindlichen Gezerre um die Besetzung von Schlüsselpositionen in der Justiz und zur Erwirkung absurder gegnerischer Gerichtsurteile in unterschiedlichen Instanzen. Der Höhepunkt war schließlich erreicht, als Innenminister Wassyl Zuschko in der Nacht

zum 27. Mai 2007 die Polizei-Sondereinheit „Berkut“ vor laufenden Kameras persönlich in das Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft führte, um hemdsärmelig die Absetzung des Generalstaatsanwalts Piskun durch den Präsidenten zu verhindern. Im Gegenzug unterstellte sich Juschtschenko per Ukas die Truppen des Innenministeriums und ließ sie demonstrativ zu einer „Übung“ in Richtung Kiew in Bewegung setzen. Zwar waren zu keinem Zeitpunkt tatsächlich gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen den gegnerischen Lagern oder gar den verschiedenen Sicherheitskräften zu befürchten, die extremistische und fatalistische Rhetorik aller beteiligten politischen Akteure sowie die konsequente Missachtung von minimalen demokratischen Verhaltensnormen, geltendem Recht und politischem Anstand erreichten trotz reichlicher ukrainischer Krisenerfahrung bisher unbekannt Dimensionen.

Juschtschenko, Janukowytsch und Parlamentspräsident Moros einigten sich schließlich auf die Beilegung der Eskalation und die Ansetzung vorgezogener Parlamentsneuwahlen. Im Ergebnis setzte die Ukraine nach einem ganzen Jahr gescheiterter Kompromissversuche erneut Parlamentswahlen am 30. September 2007 an, ohne dass ein detaillierter Regelkompromiss ausformuliert worden wäre, der auch nur mittelfristige Stabilität oder eine Milderung der fortwährenden Krisenzuspitzungen hätte versprechen können.

Aus diesen Neuwahlen im September 2007 ging Tymoschenko schließlich als Premierministerin hervor. Sie verfügte aber seitdem zu keinem Zeitpunkt über eine belastbare Mehrheit im Parlament. Präsident Juschtschenko nutzte jedoch umgehend seine Fraktion, die sich formell in der Koalition mit der Partei Tymoschenkos befand, um die Handlungsfähigkeit der Premierministerin zu beschränken. In Folge der ständigen Interventionen und Einmischungen des Präsidenten in ihre Kompetenzen unternahm Premierministerin Tymoschenko im September 2008 den Versuch, mit Hilfe der Stimmen der Partei der Regionen die Kompetenzen neu zuzuschneiden und den Präsidenten zu isolieren. Juschtschenko reagierte mit dem Austritt seiner Fraktion aus der Koalition, was die Absetzung der Regierung zur Folge gehabt hätte. Nach einigen Wochen der Unklarheit wurden die Gesetzesänderung zur Einschränkung der Kompetenzen des Präsidenten durch Tymoschenko schließlich zurückgenommen und die Koalition unter Einschluss des Blocks von Lytwyn reinstalled. Weiter-

hin kann sich Tymoschenko aber dennoch nicht auf eine parlamentarische Mehrheit stützen.

Während der politischen Kämpfe wurde die Ukraine nach Jahren des hohen Wirtschaftswachstums heftig von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise erfasst und gehört bis heute zu den am stärksten betroffenen Staaten. In dieser Situation werden seitdem aufgrund der anhaltenden Grabenkämpfe selbst überlebenswichtige politische Entscheidungen nicht getroffen. Zynisch, vornehmlich destruktiv und zum Teil mit erschreckender ironischer Distanz zur prekären innenpolitischen Lage streiten die Protagonisten um ihre Machtpositionen zur Wahrung der Partikularinteressen ihrer klientelistischen informellen Netzwerke. Selbst minimale Kompromisslösungen und Zugeständnisse sind nur unter extremstem Druck erreichbar und wurden stets umgehend von einem der Beteiligten unterlaufen oder öffentlich in Frage gestellt. Der Blick zurück in die jüngere ukrainische Geschichte fördert dabei beunruhigende Parallelen zutage. In vielen Parametern gleichen die erneuten krisenhaften Ereignisse den Streitigkeiten um den mühsamen Verfassungskompromiss im Jahr 1996. Nach äußerst langwierigen Reibereien konnte eine Einigung über eine Verfassung der Ukraine erst fünf Jahre nach dem Ende der Sowjetunion und nur unter Androhung eines fragwürdigen nationalen Referendums durch den damaligen Präsidenten Kutschma erzwungen werden. Die Ukraine setzte damit als letzter der Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine demokratische Verfassung in Kraft. Bereits am Tag nach der entscheidenden Abstimmung wurde der Verfassungstext durch einige der Beteiligten wieder öffentlich in Frage gestellt. Einige der zentralen Figuren von damals befinden sich heute noch immer inmitten des Geschehens – zum Teil in wichtigen Schlüsselpositionen.

**Während der politischen Kämpfe wurde die Ukraine nach Jahren des hohen Wirtschaftswachstums heftig von der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise erfasst und gehört bis heute zu den am stärksten betroffenen Staaten. In dieser Situation werden seitdem aufgrund der anhaltenden Grabenkämpfe selbst überlebenswichtige politische Entscheidungen nicht getroffen.**

Die beschriebenen Machtkämpfe und die Art ihrer Austragung sind vor diesem Hintergrund zu einem Dauerzustand geworden, der die politische Kultur der ukrainischen Eliten maßgeblich prägt. Zum Instrumentarium der politischen Konflikt Austragung gehören wie selbstverständlich aberwitzige juristische Spitzfindigkeiten, Maximalforderungen unter kategorischem Ausschluss von Kompromissoptionen, Instrumentalisierung administrativer und institutioneller Ressourcen sowie

regelmäßige Blockaden der Rednertribüne in der Werchowna Rada, häufiges demonstratives Verlassen des Sitzungssaals durch ganze Fraktionen und geradezu apokalyptische Kriegsrhetorik.

In der Folge der anhaltenden Machtkonflikte innerhalb der ukrainischen Eliten werden derzeit auf keinem Feld mehr als kurzfristige Politiken produziert. Dringend erforderliche innenpolitische und institutionelle Reformen zur Vertiefung und Ausdifferenzierung der ukrainischen Demokratie werden gehemmt und verschleppt. Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft wurden nicht mehr fortentwickelt, elementare Reformen zur Modernisierung der hochdefizitären Sozialsysteme nicht in Angriff genommen und von einer realen gesetzgeberischen Annäherung an die Standards der Europäischen Union kann in keiner Weise die Rede sein. Hinter den fortwährenden machtpolitischen Grabenkämpfen und dem Anschein einer beschleunigten Dynamik der ukrainischen Politik verbirgt sich ein fataler inhaltlicher Stillstand. Dabei ist als besonders problematisch anzusehen, dass die Lösungen in den beschriebenen Fällen der Kriseneskalation immer außerhalb der bestehenden Verfassungsordnung gefunden worden sind. Sowohl der dritte Wahlgang nach der Orangen Revolution als auch die Ansetzung der Neuwahlen 2007 und die Neufassung der noch immer formell bestehenden Regierungskoalition beruhen auf politischen Einigungen in Hinterzimmern, die der bestehenden Verfassungsordnung und der ukrainischen Gesetzgebung widersprechen. Zwar konnten die jeweiligen Blockaden damit zunächst aufgelöst werden, die Verfassungsordnung und die demokratischen Institutionen werden dadurch aber in gefährlicher Weise deligitimiert.

Die strukturelle Dauerkrise der ukrainischen Politik hält das politische System des Landes seit langer Zeit in einem Schwebestand, in einer demokratischen Grauzone und verhindert die Lösung der realen politischen und gesellschaftlichen Probleme. Die eingangs erwähnten Ereignisse nach den Präsidentschaftswahlen deuten schon jetzt darauf hin, dass sich krisenhafte Eskalationen unabhängig von der personellen Neubesetzung der staatlichen Spitzenämter weiter reproduzieren werden. Angesichts der finanziellen Angeschlagenheit des Landes, der tiefen Einschnitte in der Realwirtschaft und der politischen Dauerkonflikte ist es nicht übertrieben, die Ukraine in einer tiefen Staats- und Verfassungskrise zu sehen.



## **ERGEBNISSE UND AUSWIRKUNGEN DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN 2010**

In der Ukraine wie auch im Ausland erhoffte man sich durch die Präsidentschaftswahlen im Januar und Februar 2010 eine Auflösung der beschriebenen Dilematta und eine Verbesserung der politischen Situation. Während ukrainische Politiker für die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen eine Stabilisierung und den Beginn von Reformen in Aussicht stellten, suspendierten der Internationale Währungsfonds und die EU ihr weiteres Engagement mit der Ukraine auf den Zeitpunkt nach der erwarteten Klärung der politischen Verhältnisse. Mit einer insbesondere in der Europäischen Union und Deutschland deutlich spürbaren politischen Ukraine-Ermüdung erweckten einige Partner der Ukraine sogar den Eindruck, dass sie selbst eine Einschränkung der Demokratie in der Ukraine zugunsten der Stabilisierung der Situation in Kauf nehmen würden.

Die Erwartungen der beteiligten Hauptkontrahenten Janukowytsch und Tymoschenko waren ähnlich gelagert. Beide hofften auf eine künftige Position als „Partei der Macht“, die Präsidentenamt, Regierung und parlamentarische Mehrheit gleichzeitig kontrollieren könne. Vor dem Hintergrund der beschriebenen geteilten Exekutive in der ukrainischen Verfassung, den unklaren Mehrheitsverhältnissen im Parlament waren diese Hoffnungen jedoch von vornherein geradezu kontrafaktisch.

Die ukrainische Gesellschaft wirkte vor den Präsidentschaftswahlen indes müde von den anhaltenden politischen Ränkespielen und den fast permanenten Wahlkämpfen. Die Kandidaten für die Präsidentschaft präsentierten sich fast ausschließlich indirekt über allgegenwärtige gigantische Plakatwände, Fernsehen und Radio. Wahlkampf auf der Straße, Aktivisten und Freiwillige, die sich für die Sache eines Bewerbers einsetzten und bei den Bürgern Überzeugungsarbeit leisteten, waren kaum anzutreffen. Die Wahlwerbung der wichtigsten Kandidaten Wiktor Janukowytsch, Julija Tymoschenko, Serhij Tihipko und Arsenij Jazenjuk war aufwendig, hochprofessionell und technologisch bis ins Detail durchdacht. Internationale Berater entwickelten die Kampagnen nach modernsten internationalen Standards. Der Wahlkampf in der Ukraine bestand fast ausschließlich aus Polit-Technologie. Unterscheidbare Profile und Persönlichkeiten

**Die ukrainische Gesellschaft wirkte vor den Präsidentschaftswahlen indes müde von den anhaltenden politischen Ränkespielen und den fast permanenten Wahlkämpfen.**

der Kandidaten, inhaltlich zündende Ideen und Visionen für die Zukunft des Landes und Sachthemen mit Bezug auf die realen Probleme der Bürger kamen im Wahlkampf kaum vor.

**Die Präsidentschaftswahl des Jahres 2010 war ganz eindeutig keine Schicksalswahl wie noch im Jahr 2004. Damals ging es um Ost oder West, um Europa oder Russland, um Demokratie oder Autoritarismus. Die vier führenden Kandidaten der Wahlen 2010 Janukowytsch, Tymoschenko, Tihipko und Jazenjuk sprachen sich jetzt allesamt für die Einführung „europäischer Standards“ in der Ukraine aus.**

Die Präsidentschaftswahl des Jahres 2010 war ganz eindeutig keine Schicksalswahl wie noch im Jahr 2004. Damals ging es um Ost oder West, um Europa oder Russland, um Demokratie oder Autoritarismus. Die vier führenden Kandidaten der Wahlen 2010 Janukowytsch, Tymoschenko, Tihipko und Jazenjuk sprachen sich jetzt allesamt für die Einführung „europäischer Standards“ in der Ukraine aus. Sie stehen alle außenpolitisch für eine schrittweise Annäherung an die EU und gleichzeitige strategische und gutnachbarschaftliche Beziehungen mit Russland. Alle vermieden peinlichst, das Thema der NATO-Mitgliedschaft auch nur anzusprechen. Innenpolitisch verblieben die Kandidaten weiterhin bei typischen postsowjetischen Erklärungen der Allzuständigkeit des Staates und versprachen die Erhöhung von Löhnen, Pensionen und Kindergeld. Die Unterschiede lagen vor allem im Stil, nicht in der Substanz. Janukowytsch gab sich als volksnah und bodenständig, Tymoschenko inszenierte sich fast schon als Heilige und Retterin der Ukraine, Tihipko als Fachmann und Technokrat, während sich Jazenjuk als eine Art „ukrainischer Putin“ zeigte.

Im ersten Wahlgang am 17. Januar 2010 erreichte schließlich Janukowytsch etwas mehr als 35 Prozent, Tymoschenko etwa 25 Prozent. Auf den weiteren Plätzen folgen Serhij Tihipko mit 13 und Arsenij Jazenjuk mit sieben Prozent. Amtsinhaber Wiktor Juschtschenko erhielt etwas mehr als fünf Prozent der Stimmen. Damit blieben größere Überraschungen im ersten Wahlgang aus. Die Wahlbeteiligung lag bei für die Ukraine sehr niedrigen 67 Prozent.

Julija Tymoschenko und Wiktor Janukowytsch, die sich schließlich in der Stichwahl am 7. Februar 2010 gegenüberstanden, gaben die in der Ukraine üblichen Versprechen für Pensionäre, Schachtarbeiter und junge Familien. Beide waren bereits zweimal selbst Premierminister und setzten in der Wirtschaftspolitik bisher häufig auf staatliche Eingriffe und künstliche Marktverzerrungen zur Bedienung der eigenen Klientel. In der Außenpolitik betonten sie die bevorstehende Assoziierung mit der EU und vor allem Freihandel und Vi-

sumsfreiheit. Beide wollen die Beziehungen zu Russland verbessern und beide beziehen keine Position zur NATO. Janukowytsch betont lediglich die Idee des Gemeinsamen Wirtschaftsraumes mit Russland, Weißrussland und Kasachstan stärker und exponierte sich mit einer vor dem Hintergrund der Situation auf der Krim unverständlichen Forderung nach staatlicher Anerkennung für Abchasien und Südossetien.

Die OSZE und die anderen internationalen Beobachtermissionen bewerteten die Präsidentschaftswahlen im ersten und im zweiten Wahlgang als den internationalen Standards entsprechend. Julija Tymoschenko akzeptierte das Wahlergebnis allerdings nicht. Vertreter des Blocks Tymoschenko kündigten umgehend eine juristische

**Die OSZE und die anderen internationalen Beobachtermissionen bewerteten die Präsidentschaftswahlen im ersten und im zweiten Wahlgang als den internationalen Standards entsprechend.**

Anfechtung der Wahlen in einigen Wahllokalen an. Direkt nach der offiziellen Verkündung des Ergebnisses durch die Zentrale Wahlkommission reichte Tymoschenko selbst eine Klage vor dem Obersten Verwaltungsgericht gegen das Wahlergebnis ein. Sie zog nur wenige Tage später die Klage zurück und unterstellte eine Parteilichkeit der Richter. Weiterhin betrachtet Julija Tymoschenko das Wahlergebnis jedoch als manipuliert und verweigert eine Anerkennung. Trotz zugespitzter politischer Auseinandersetzungen im Vorfeld und der Anfechtung des Ergebnisses durch die unterlegene Kandidatin ist festzuhalten, dass die Ukraine zum wiederholten Male freie und faire Wahlen absolvierte. Der Wahlprozess selbst wie auch die Zeit der Kampagnen zuvor waren geprägt von Freiheit, Medienpluralismus und gesellschaftlicher Offenheit.

Schon nach dem ersten Urnengang war allerdings auch klar geworden, dass die Ukraine mit diesen Wahlen die Chance auf eine politische Erneuerung verpasst hat. Die öffentliche Zustimmung zu den drei „großen“ Kandidaten Juschtschenko, Janukowytsch und Tymoschenko war bereits permanent gesunken. Die Chancen für neue und alternative Kandidaten waren gut. Kandidaten wie Serhij Tihipko, Arsenij Jazenjuk oder auch Anatolij Hryzenko versuchten, von diesen Entwicklungstendenzen zu profitieren. Am 17. Januar 2010 unterstützen lediglich etwa 60 Prozent der Wähler bei einer Wahlbeteiligung von 66 Prozent die Kandidaten Janukowytsch und Tymoschenko. Weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten sprach sich in absoluten Zahlen gemessen für die beiden Teilnehmer der Stichwahl aus. Janukowytsch und Tymoschenko profitierten mit ihrem Einzug in die Stichwahl letztlich von der

Fragmentierung der ukrainischen Politik und davon, dass die anderen Kandidaten keine ernsthaften Versuche einer Vereinigung unternahmen. Nach allen vorliegenden Umfragen wären einem „neuen“ Kandidaten beim Einzug in die Stichwahl gegen Janukowytsch oder Tymoschenko große Siegchancen zugekommen. Am Ende mussten sich die Ukrainer dann doch wieder zwischen zwei altbekannten Kontrahenten entscheiden, die das politische Leben der Ukraine bereits seit einigen Jahren geprägt haben.

Mit der verpassten Erneuerung verband sich auch der Rückfall in die alten Muster der regionalen Spaltung der ukrainischen Gesellschaft. Die regionale Stimmverteilung hat sich in der Stichwahl gegenüber 2004 kaum geändert. Der Westen und die Zentralukraine wählten Tymoschenko. Der Osten und Südosten wählten Janukowytsch. Auch die Wahlrhetorik Tymoschenkos und Janukowytschs kam vor der Stichwahl in weiten Teilen einer Neuauflage der Wahlen von 2004 gleich. Die Künstlichkeit dieser so oft beschworenen „Ost-West-Teilung“ und die Chancen ihrer Überwindung werden aber offensichtlich, wenn man die Ergebnisse des drittplatzierten Tihipko betrachtet. Tihipkos 13,4 Prozent der ersten Runde verteilten sich recht gleichmäßig zwischen der Ostukraine und der Zentral- und Westukraine. In der zweiten Runde gingen die Stimmen Tihipkos auch zu fast gleichen Teilen jeweils an Janukowytsch und Tymoschenko.

**Für den Wahlgewinner Janukowytsch bedeutet der Sieg mit knapp 49 Prozent der Stimmen keinen politischen Durchmarsch. Betrachtet man diese Werte im Zusammenhang mit den Ergebnissen des ersten Wahlgangs, so wird klar, dass ein Präsident Janukowytsch das Amt gegen eine sehr skeptische Bevölkerungsmehrheit und Öffentlichkeit antreten wird.**

Für den Wahlgewinner Janukowytsch bedeutet der Sieg mit knapp 49 Prozent der Stimmen keinen politischen Durchmarsch. Betrachtet man diese Werte im Zusammenhang mit den Ergebnissen des ersten Wahlgangs, so wird klar, dass ein Präsident Janukowytsch das Amt gegen eine sehr skeptische Bevölkerungsmehrheit und Öffentlichkeit antreten wird. Erschwerend kommt hinzu, dass die verfassungsmäßigen Kompetenzen des Präsidenten so limitiert

sind, dass entschlossenes und konsequentes Handeln, mit dem öffentliche Zustimmung zu gewinnen sein könnte, insbesondere in der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik kaum möglich ist. Die zur Einhegung der Macht Juschtschenkos während der Orangen Revolution durchgesetzten Verfassungsänderungen werden mit einiger Sicherheit auf Seiten der Partei der Regionen schon binnen kurzer Zeit zutiefst be-  
reut werden.

Die Situation in den Wochen nach den Wahlen weist viele Parallelen zu den beschriebenen Eskalationen der politischen Dauerkrise der Ukraine auf. Janukowytsch und die Partei der Regionen versuchen, als Sieger der Präsidentschaftswahlen das politische System der Ukraine vollständig zu kontrollieren. Sie drohen mit der Auflösung des Parlaments, um die jetzigen Abgeordneten zu einer Neubildung der Regierungskoalition im Sinne Janukowytschs zu zwingen und nutzen den Zerfall der Fraktion des abgewählten Präsidenten Juschtschenko, um eine Parlamentsmehrheit gegen die Premierministerin zu bilden. Diese Mehrheit ist bisher jedoch rein destruktiv. So konnte die Partei der Regionen die Geschäftsordnung ändern und ein Misstrauensvotum durchsetzen, um die Regierung abzusetzen. Eine Neubildung einer legitimen Regierungskoalition auf der Basis parlamentarischen Fraktionen ist dennoch extrem schwierig. Offenbar gelingt es der Partei der Regionen nur im offenen Verfassungsbruch, eine Mehrheit zu erzeugen, indem nicht parlamentarische Fraktionen, sondern einzelne Abgeordnete die Koalition formieren sollen. Die Bildung einer solchen Koalition auf der Grundlage eindeutig gegen die Verfassung und eine aktuelle Entscheidung des Verfassungsgerichts verstoßenden Änderungen zur Geschäftsordnung des Parlaments wären gleich zu Beginn der Amtszeit Janukowytschs ein deutliches Zeichen für einen Rückfall in autoritäre Handlungsmuster. Bisher zeichnet sich allerdings ein Schwebezustand ab, der letztlich in erneuten vorgezogenen Parlamentswahlen aufgelöst werden könnte. Die Regierung Tymoschenko wurde durch ein Misstrauensvotum abgesetzt, muss aufgrund des Fehlens einer neuen Koalition die Geschäfte jedoch vorerst weiterführen. Auch mit einer neuen knappen Mehrheit im aktuellen Parlament würde jede politische Entscheidung, jeder einzelne Parlamentsbeschluss künftig immer wieder zur Machtprobe. Daraus wird deutlich, dass wiederholte Wahlen allein für den erfolgreichen Systemwechsel nicht ausreichen. Im Folgenden sollen daher Möglichkeiten zur Konsolidierung der ukrainischen Demokratie erörtert werden. Vorher ist jedoch die Frage nach den Defiziten der Konsolidierung des ukrainischen demokratischen Systems zu stellen.

### **IST DIE UKRAINE EINE DEMOKRATIE?**

Von vielen Beobachtern wird die Orange Revolution im Herbst des Jahres 2004 als der Beginn einer „zweiten Transformation“ des politischen Systems der Ukraine angesehen. Folgt

man dieser Auffassung, so wurde nach der Phase der „ersten Transformation“ in den neunziger Jahren und der zunehmend autoritären Entwicklung während der Amtszeit Kutschmas eine erneute Demokratisierungsperiode eingeleitet. Tatsächlich war die Ukraine in der Zeit Kutschmas zuletzt allenfalls noch als Scheindemokratie zu betrachten. Mit der Außerkraftsetzung minimaldemokratischer Kriterien, der faktischen Aufhebung der Gewaltenteilung und der horizontalen Verantwortlichkeiten vollzog das Kutschma-Regime insbesondere in der letzten Amtszeit einen Prozess der Entwicklung zu einem hybriden Regime in der Grauzone zwischen Demokratie und Autokratie unter Wahrung demokratischer Fassaden. Durch die Orange Revolution können zunächst zwei minimaldemokratische Kriterien als erfüllt gelten: die Freiheit der Medien und die Durchführung von ergebnisoffenen, kompetitiven, freien und fairen Wahlen. Dies spiegelt sich in gängigen Indizes wie dem *Freedom House Index* deutlich wieder, der die Ukraine seit der Orangen Revolution als einziges Land im GUS-Raum als „frei“ bewertet. Die Einbeziehung anderer Kriterien in die Bewertung der ukrainischen Demokratie zeigt jedoch ein weniger klares Bild. Der *Human Development Index* listet die Ukraine erst an 86. Stelle im Umfeld von Botswana und Tansania auf.

Vor der normativen Folie anspruchsvollerer Demokratiekonzepte zeigt die Ukraine also deutliche Defizite. Dies soll an dieser Stelle kurz in Bezug auf die Kriterien der Beschreibung der konsolidierten, liberalen Demokratie nach Larry Diamond diskutiert werden. Diese Kriterien sind: (1) Kontrolle des Staates durch gewählte Repräsentanten, (2) wirksame Einschränkungen der exekutiven Befugnisse, (3) freie und faire Wahlen, (4) Schutz von Minderheiten, (5) effektive Kanäle für Artikulation gesellschaftlicher Interessen, (6) Alternative Quellen der Information, (7) Schutz der individuellen Freiheiten der Bürger, Gleichheit vor dem Gesetz, Unabhängigkeit der Gerichte, Rechtsstaatlichkeit und Akzeptanz der Verfassungsordnung.<sup>1</sup>

Zu (1): Zunächst einmal stellt sich die Frage nach der Kontrolle des Staates durch gewählte Repräsentanten. Zweifellos gelangen die wesentlichen Repräsentanten in Exekutive, Legislative und Judikative durch einen Wahlprozess in ihr Amt.

1 | Vgl. Larry Diamond, *Developing Democracy: Toward Consolidation* (Baltimore: John Hopkins University Press, 1999), S. 11 ff.

Im Falle der Ukraine ist jedoch derzeit fraglich, in welchem Umfang sie die Belange des Staates kontrollieren. Insbesondere seit der Endphase der Kutschma-Ära entstand in der Ukraine eine enge Symbiose aus Wirtschaft und Politik. Die Beschreibung der Werchowna Rada als „Parlament der Oligarchen und Chauffeure“ ist bekannt. Schwer durchschaubare Hintergrundlogiken durch Verknüpfungen vor allem im Energiegeschäft, im Umfeld von Privatisierungen und Grundstücksvergabe bestimmen ganz wesentlich staatliches Handeln und politische Entscheidungen. Politische Parteien und ihre Kandidaten sind sehr häufig Vehikel für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen einiger weniger Industrie- und Finanzkapitäne. Der designierte Präsident Janukowytsch ist beispielsweise seit Langem als Figur des Industriemagnaten und reichsten Ukrainers Rinat Achmetow bekannt. Das imperative Mandat und ein reines Verhältniswahlrecht der Ukraine mit einem nationalen Einheitswahlkreis und geschlossenen Parteilisten begünstigen die Kontrolle der Zusammensetzung des Parlaments und des politischen Geschehens durch einige wenige Akteure.

**Politische Parteien und ihre Kandidaten sind sehr häufig Vehikel für die Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen einiger weniger Industrie- und Finanzkapitäne.**

Zu (2): Als zweites Kriterium für die konsolidierte Demokratie ist die wirksame Einschränkung der Exekutive zu nennen. Die Ukraine steht hier vor einem bemerkenswerten Paradox. Einerseits kann von einer effektiven Gewaltenteilung aufgrund einer funktionsunfähigen Judikative in der Ukraine kaum gesprochen werden. Andererseits sorgen die den Gewinnern der Orangen Revolution aufgezwungenen Verfassungsänderungen mit der Aufteilung der Exekutive zwischen Präsident und Regierung für gegenseitige Beschränkungen. Der uneingeschränkte Zugang zur Macht für nur eine gesellschaftliche Gruppe wird damit verhindert. Die vielfach kritisierten eiligen Verfassungsänderungen des Jahres 2004 wirken ambivalent. Auf der einen Seite sorgen handwerkliche Fehler und Widersprüche für Unklarheiten und Konflikte, auf der anderen Seite wird eine erneute autoritäre Linie eines ukrainischen Präsidenten damit verhindert.

Zu (3): In der Frage der freien Wahlen kann für den Stand der ukrainischen Demokratie dagegen eine eindeutig positive Antwort gegeben werden. Seit dem dritten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2004 nach der Orangen Revolution fanden in der Ukraine trotz heftigster politischer Konfliktes-

kalationen mehrfach freie und faire Parlamentswahlen sowie Kommunalwahlen in der Hauptstadt Kiew statt. Dabei war der Wahlausgang immer völlig offen, eine ganze Reihe von Kandidaten und Parteien stellten sich den Wahlen und die Wahlbeteiligung war immer sehr hoch. Mehrfach hatten die Wahlen einen Machtwechsel zur Folge. Diese Serie ist einmalig für den postsowjetischen Raum und ukrainische Politiker und Bürger weisen zu Recht auf diesen Umstand hin. Nach den Einschätzungen der internationalen Beobachter ordnen sich die beiden Runden der Präsidentschaftswahlen 2010 in die Serie der freien und fairen Wahlen in der Ukraine ein.

Zu (4): Auch wenn einige Regelungen der Sprachenfragen zwischen der ukrainischen Staatssprache und dem weit verbreiteten Russisch nicht den europäischen Standards entsprechen, sind in der Ukraine keine unterdrückten Minderheiten zu erkennen. Immer wieder tauchen Probleme mit Krimtataren und einigen Minderheiten wie Rusynen im Westen des Landes auf. Insgesamt kann dieses Kriterium in der Ukraine zum jetzigen Zeitpunkt positiv bewertet werden.

Zu (5): Kanäle für die Artikulation gesellschaftlicher Interessen sind in der Ukraine mit politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen und pluralistischen Medien vielfältig vorhanden. Die Parteien sind jedoch in erster Linie klientelistische Netzwerke, wobei die zivilgesellschaftliche Interessenvermittlung aufgrund begrenzter Anknüpfungspunkte an die Gestaltung konkreter Politik nur eingeschränkt funktioniert.

**Die Situation in Bezug auf alternative Quellen der Information für die ukrainischen Bürger ist im Vergleich zu den anderen Staaten im postsowjetischen Raum positiv hervorzuheben. Umfassende Medienfreiheit wird vielfach als einzige nachhaltige Errungenschaft der Orangen Revolution angesehen.**

Zu (6): Die Situation in Bezug auf alternative Quellen der Information für die ukrainischen Bürger ist im Vergleich zu den anderen Staaten im postsowjetischen Raum positiv hervorzuheben. Umfassende Medienfreiheit wird vielfach als einzige nachhaltige Errungenschaft der Orangen Revolution angesehen. Auch in politischen wie wirtschaftlichen Krisenzeiten und vor

dem Hintergrund erbitterter Machtkämpfe herrscht in der Ukraine ein medialer Pluralismus, wobei die führenden Repräsentanten des Staates öffentlicher Überwachung und deutlicher Kritik ausgesetzt sind.

Zu (7): Die grundlegenden individuellen Freiheiten der ukrainischen Bürger können als geschützt angesehen werden. Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit sind auch in der



Verfassungsrealität garantiert und werden vielfältig in Anspruch genommen.

Zu (8): Signifikante Defizite weist der Stand der Konsolidierung der Demokratie der Ukraine in Bezug auf die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, die Unabhängigkeit der Gerichte sowie allgemein hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Verfassungsordnung auf. Die Ukraine ist kein Rechtsstaat. Die Rechtsprechung in der Ukraine ist häufig arbiträr, viele rechtliche Regelungen sind widersprüchlich. Die Urteile der ukrainischen Gerichte kommen systematisch durch Korruption oder direkte politische Abhängigkeiten zustande. Unternehmer besitzen keinen wirksamen Rechtsschutz und werden häufig Opfer von juristischen Übernahme-Angriffen. In den politischen Machtkonflikten gibt es eine lange Liste widersprüchlicher und teilweise absurder Gerichtsurteile. Die politischen Konflikte, Kompetenzstreitigkeiten und Krisenskandalationen sind seit 2004 immer in politischen Hinterzimmern, teilweise gegen die bestehende Gesetzeslage und Verfassungsgrundlage, beschlossen worden. Die Verfassungsordnung wurde von den führenden politischen Repräsentanten der Ukraine nie akzeptiert und mit Leben gefüllt, sondern permanent auf Schwachstellen zur Erweiterung der eigenen Macht, diskreditiert und unterlaufen. Die überbordende Korruption dehnte sich in den vergangenen fünf Jahren aus, was durch die Abwesenheit des Staates in vielen Bereichen und den Machtkonflikten der Eliten an der Spitze zu erklären ist.

Somit zeigt diese Analyse, dass durch die Orange Revolution positive Entwicklungen bei den Wahlen, der Medienfreiheit und eingeschränkt auch der Machtbeschränkung der Exekutive erreicht wurden. Die schwierigen Bereiche sind die mangelnde Kontrolle des Staates durch gewählte Repräsentanten aufgrund der zu engen politisch-wirtschaftlichen Verflechtungen und vor allem der Komplex der Verfassungsordnung sowie der Rechtsstaatlichkeit.

#### **EXKURS: DEMOKRATISCHE ENTWICKLUNG IN EINEM SCHWIERIGEN KONTEXT**

Bevor auf der Grundlage der Betrachtungen zum Stand der Entwicklung der ukrainischen Demokratie Hinweise auf Ansatzpunkte für eine erfolgreiche Konsolidierung umrissen werden sollen, scheint ein kurzer Blick auf den Kontext des ukrainischen Systemwechsels hilfreich. Damit soll nicht argu-

mentiert werden, dass die Ukraine kein vergleichbarer Fall wäre, in dem Grundsätze und gelernte Lektionen aus anderen Transformationsstaaten nicht gelten könnten. Dennoch weist der ukrainische Kontext darauf hin, dass der Prozess der Vertiefung der Demokratie in der Ukraine sehr langsam und mit langem Verharren in einer Grauzone zwischen Demokratie und autoritärem System verläuft. Die Betrachtung des Kontextes führt damit auch sehr deutlich vor Augen, wie überzogen die Hoffnungen im In- und Ausland in Bezug auf die Folgen der Orangen Revolution waren. So wichtig diese pluralistische Öffnung der ukrainischen Gesellschaft war, konnten langfristige Gegebenheiten damit dennoch nicht ruckartig verändert werden. Diese Faktoren sind der Mangel demokratischer Vorerfahrungen (1), das Fehlen eines Systemwechselereignisses (2), Elitenmangel (3), schwierige kulturelle und historische Spannungslinien innerhalb des Landes (4) sowie das Fehlen eines wirksamen externen Einflusses auf die ukrainische Demokratieentwicklung (5).

**Für die ukrainische Demokratieentwicklung ist erschwerend, dass keinerlei demokratische Vorerfahrungen vorhanden sind. Die historischen Erfahrungen mit ukrainischer Staatlichkeit haben episodischen Charakter.**

Zu (1): Für die ukrainische Demokratieentwicklung ist erschwerend, dass keinerlei demokratische Vorerfahrungen vorhanden sind. Die historischen Erfahrungen mit ukrainischer Staatlichkeit haben episodischen Charakter. Das Land besteht in den heutigen Grenzen erst seit 1991. Anders als in vielen Staaten Mittel- und Osteuropas kann die Ukraine für die Transformation nicht auf eigene demokratische Traditionslinien zurückgreifen.

(2) Als besondere Belastung für die Festigung der Demokratie ist anzusehen, dass in der Ukraine kein echtes Systemwechselereignis, keine Wende stattgefunden hat. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 glitt die Ukraine lediglich langsam in Demokratie und Marktwirtschaft hinein. Die bürgerliche Freiheitsbewegung, wie sie in der Volksbewegung Ruch Ende der achtziger Jahre entstanden war, wurde während der Auflösung der Sowjetunion von den ukrainischen Kommunisten okkupiert. Dabei spielten offenbar sowohl die Angst vor einer möglichen Lustration nach dem Aufschwung des liberalen Jelzins an die Spitze Russlands eine Rolle als auch die Bestrebungen kommunistischer Netzwerke auf dem gesamten Gebiet der Sowjetunion, den Zerfallsprozess zu steuern. Der erste Präsident der Ukraine Leonid Krawtschuk steht als ehemaliger Chefideologe der Kommunistischen Partei in der ukrainischen Sowjetrepublik symbolisch für diese Entwicklun-

gen. Bis zum heutigen Tag entstammen die politischen Repräsentanten der Ukraine der „Komsomolzensgeneration“ und haben ihre Wurzeln in der Nomenklatur des Sowjetsystems. Auch die Orange Revolution, die vielfach als nachholendes Wende-Ereignis interpretiert wird, hat diese personelle Erneuerung nicht vollbracht. Die bestimmenden politischen Eliten vor und nach 2004 blieben weitgehend identisch. Sowohl die Vertreter des kommunistischen Regimes der Sowjetzeit als auch des Systems des autoritären Präsidenten Kutschma bleiben bis heute einflussreich und unangetastet.

Zu (3): Dabei leidet die Ukraine auch insgesamt unter einem Elitenmangel. In den siebenzig Jahren der sowjetischen Herrschaft wurden die bürgerlichen und geistigen Eliten der Ukraine assimiliert und deportiert, flohen aus dem Land oder wurden beseitigt. Der wirtschaftliche Niedergang der neunziger Jahre führt zu einer bis heute anhaltenden massiven Abwanderung junger Eliten nach Westeuropa und in die USA.

**Dabei leidet die Ukraine auch insgesamt unter einem Elitenmangel. In den siebenzig Jahren der sowjetischen Herrschaft wurden die bürgerlichen und geistigen Eliten der Ukraine assimiliert und deportiert, flohen aus dem Land oder wurden beseitigt.**

Zu (4): Kulturelle und historische Spannungslinien, insbesondere zwischen dem durch Russland geprägten Osten der Ukraine und dem durch Polen und Litauen geprägten Westen erschweren zudem eine staatliche und demokratische Konsolidierung des Landes. Dies gilt jedoch vor allem, weil die Spannungslinien politisch instrumentalisiert und gegeneinander in Stellung gebracht worden sind. Die Versuche, das historische und ideologische Vakuum nach dem Zerfall der Sowjetunion durch neue historische Mythen zu ersetzen, führten zu einer Verschärfung der Spannungen und erreichten die intendierte konsolidierende und identitätsstiftende Wirkung nicht.

Zu (5): Schließlich fällt für die Konsolidierung der ukrainischen Demokratie negativ ins Gewicht, dass die katalytische Wirkung der transformativen Kraft eines externen Akteurs fehlt. Dies gilt insbesondere, da im Vergleich zu anderen Transformationsstaaten in Mittel- und Osteuropa die Konkurrenz unterschiedlicher Modernisierungsmodelle gewachsen ist. Eine liberale und demokratische Entwicklung scheint nicht mehr so alternativlos und unausweichlich wie noch in den neunziger Jahren. Dort hatte vor allem die Europäische Union durch die Beitrittsprozesse ihre transformative Kraft zur Wirkung bringen können. Ob das neuartige Angebot einer se-

lektiven Integration über den Freihandel mit gleichzeitiger politischer Assoziierung ausreichen wird, um als Europäische Union die Konsolidierung der ukrainischen Demokratie zu fördern, ist bisher eine offene Frage.

### **WIE DIE UKRAINISCHE DEMOKRATIE KONSOLIDIEREN?**

Wie kann nun also die Ukraine aus der Grauzone, aus dem Zwischenzustand zwischen Demokratie und Autoritarismus herausgeholt und zu einer festen und stabilen Demokratie fortentwickelt werden? Sowohl der deskriptive Zugang durch die Beschreibung der Charakteristika der strukturellen Dauerkrise als auch die analytische Erörterung des Zustands anhand des Konzepts liberaler Demokratien weisen auf ähnliche Hauptansatzpunkte hin. Dies sind vor allem die wirtschaftliche Stabilisierung, die Korrektur und Akzeptanz der Verfassungsordnung und die Förderung eines Elitenkonsenses.

**Finanzielle und wirtschaftliche Stabilisierung sind klar die dringlichsten Fragen für die Ukraine und damit auch für die ukrainische Demokratie. Eine Konsolidierung des demokratischen Systems ist ohne wirtschaftliche Performanz kaum möglich.**

Finanzielle und wirtschaftliche Stabilisierung sind klar die dringlichsten Fragen für die Ukraine und damit auch für die ukrainische Demokratie. Eine Konsolidierung des demokratischen Systems ist ohne wirtschaftliche Performanz kaum möglich.

Als zentrale Problembereiche dieser Analyse wurden die Unklarheiten in der Verfassungsordnung und die mangelnde Rechtsstaatlichkeit identifiziert. Zur Reparatur der Verfassungsgrundlagen bedarf es eines inklusiven Diskurses aller wesentlichen politischen Akteure. Die Etablierung unabhängiger Gerichtsbarkeit und die Sicherung von Rechten müssen künftig im Vordergrund der Reformbemühungen stehen. Nur eine positive Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit kann letztlich auch Anreize für die Lösung der problematischen Verknüpfung von Wirtschaft und Politik schaffen.

Die Reparatur der Verfassungsordnung und ihre Akzeptanz benötigen zweifellos einen Elitenkonsens. Die Betrachtungen in diesem Beitrag weisen darauf hin, dass der aktuell in der Ukraine bestehende Pluralismus und die freien Wahlen trotz aller Probleme die Grundlagen für die Herausbildung eines demokratischen Elitenkonsenses bilden. Die Kampagnen zu den Präsidentschaftswahlen und das Wahlergebnis zeigen, dass die etablierten Eliten aufgrund ihrer fortwährenden Kon-

flikteskalationen durch neue Kräfte unter Druck geraten. Ein weiteres Lernen der Eliten zur Herausbildung des Konsenses ist nur bei Erhalt freier Wahlen und des Pluralismus zum möglichen Austausch der Eliten gegeben. Hier liegt der für die ukrainische Demokratieentwicklung möglicherweise entscheidende Konflikt. Mit dem gültigen Wahlgesetz zum Parlament, den geschlossenen Listen und dem imperativen Mandat sichern sich die alten Eliten ab und verhindern eine Erneuerung. Die kurz nach den Präsidentschaftswahlen beschlossene Aussetzung der Kommunalwahlen und eine gegen die bestehende Verfassung gebildete Koalition zur Verhinderung von Parlamentsneuwahlen dienen ebenfalls vor allem dem Machterhalt der bestehenden Eliten.

Welche Schlussfolgerungen sind für externe Akteure, die ein Interesse an der demokratischen Konsolidierung der Ukraine haben, zu ziehen? Zieht man die Bedeutung der Festigung der ukrainischen Demokratie für die Region in Betracht, so ist vor allem wichtig, die Abwartehaltung aufzugeben. Auch im instabilen und unübersichtlichen Umfeld der politischen Dauerkrise sollten die Europäische Union und die deutsche Außenpolitik die Ukraine nicht sich selbst überlassen. Für die wirtschaftliche Stabilisierung des Landes ist externe Hilfe notwendig und bietet gleichzeitig einen Ansatz für das Einfordern von Konditionen. Diese sollten in zweierlei Hinsicht genutzt werden. Zum einen sind klare Signale nötig, dass eine neue Autoritarisierung zugunsten von Stabilisierung nicht akzeptiert werden kann. Der Pluralismus in der Ukraine und das *low level equilibrium* der ukrainischen Demokratie bleiben die entscheidende Grundlagen für eine Konsolidierung, die nicht aufgegeben werden kann. Die Aussetzung der Kommunalwahlen und die offene Missachtung der Verfassungsordnung bei der Koalitionsbildung müssen klare Stellungnahmen der europäischen Partner der Ukraine nach sich ziehen. Zum anderen sollten externe Akteure Wege finden, Konditionalitäten zur Anwendung zu bringen, um sie für eine positive Bearbeitung der Kernprobleme der Verfassungslage und der Rechtsstaatlichkeit zu nutzen. Dabei scheint es sinnvoll, unter den Bedingungen von Pluralismus, freien Wahlen und der vorhandenen großen öffentlichen Zustimmung zur Europäischen Union die Politik stärker an die ukrainische Zivilgesellschaft und die Bürger zu adressieren und weniger an die in die Grabenkämpfe verstrickten befindlichen politi-

**Auch im instabilen und unübersichtlichen Umfeld der politischen Dauerkrise sollten die Europäische Union und die deutsche Außenpolitik die Ukraine nicht sich selbst überlassen. Für die wirtschaftliche Stabilisierung des Landes ist externe Hilfe notwendig und bietet gleichzeitig einen Ansatz für das Einfordern von Konditionen.**

schen Eliten. Unter Aufrechterhaltung des Pluralismus, der kritischen Öffentlichkeit und bei Fortsetzung der Serie demokratischer Wahlen könnte sich der nötige gesellschaftliche Druck entwickeln, um die bestehenden Eliten zu politischem Handeln zu zwingen oder letztlich einen Elitenwechsel einzuleiten.